

Abonnements

Werden bei allen Schweizerischen Postämtern, sowie beim Verlag...

Der Sozialdemokrat

Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz). Verlag der Volkshandlung...

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

N. 3.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich vertriebenen 'Sozialdemokrat' wollen man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen.

15. Januar 1886.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Allgemeiner Unterstützungsfond.

Im Juli 1885 gingen weiter bei uns ein: Hirschberg i/Schl. Nr. 632. Im August und September dergleichen: H. P. Fr. Nr. 560. S. S. Doce (40 Stk.) — 32. Wilhelmine a. b. Helsenhor — 80. C. Kdg. Bue. 110. P. Gen. Lübeck 30 —.

Verarbeitung zu alkoholischen Getränken (Schnaps), sowie der weitere Verkauf von Branntweinen aller Art werden für Rechnung des Reiches von einem, dem Reichskanzler unterstellten Monopolamt betrieben...

Das die Sozialdemokratie der Monopolvorlage feindlich gegenübersteht, ist so selbstverständlich, daß darüber Niemand auch nur einen Augenblick im Zweifel sein kann.

Zunächst wiederholen wir, was erst in vorletzter Nummer dieses Blattes ausgeführt, daß der Sozialismus, wie unsere Partei ihn versteht, keineswegs zusammenfällt mit dem Begriff der Verstaatlichung.

Der einzige Gesichtspunkt, der bei uns als Sozialisten für Verstaatlichungen ins Gewicht fallen könnte: der der Vorarbeit für die sozialistische Gesellschaft, ist keineswegs von so ausschlaggebender Bedeutung, als man vielfach meint.

Der wesentliche Unterschied zwischen unserer Stellung und der der bürgerlichen Parteien gegenüber Verstaatlichungsprojekten ist der, daß wir denselben an sich unbefangener, freier gegenüberstehen als jene.

So bringen z. B. die Zeitungen allerhand Resolutionen gegen das Branntwein-Monopol von solchen Leuten, deren wirtschaftliche Interessen durch dasselbe geschädigt würden.

Das Schnapsmonopol ist eine unverhüllte, unverschämte Staatshilfe für die sogenannte nothleidende Landwirtschaft, d. h. für die altpreussischen Landjunker.

nichts weniger als schwerhörig. Die Reichsten der Reichsten finden beim Monopol ihre glänzende Rechnung.

Und wenn alle übrigen Gründe für dasselbe sprächen, dieser eine Grund genügt uns, es zu verwerfen.

Und doch ist er der unbedeutendste. Viel wichtiger sind die politischen Gründe, die gegen das Schnapsmonopol sprechen.

Einmal ist es ein Schritt weiter, die Regierung von der Volksvertretung unabhängig zu machen. Es soll ihr die Verfügung liefern über Hunderte von Millionen pro Jahr — man schätzt die Brutto-Einnahme aus dem Schnapsmonopol auf über 300 Millionen Mark —.

Zweitens aber bietet das Monopol den Bismarck und Konjorten die bequemste Handhabe, das politische Leben in Deutschland noch mehr zu korrumpiren, als es ohnehin schon der Fall.

Nach § 28 des Entwurfs „kann“ diesen, sowie Inhabern von Cafés u. von der Landespolizeibehörde „im Einvernehmen mit der Monopolverwaltung die Erlaubnis zum Auskauf von Branntwein ohne Beschränkung auf die von den Verschleißern imzuhaltenen Preise erteilt werden.“

Was dieses „kann“ in Preußen bedeutet, braucht nicht erst gesagt zu werden. Es bedeutet vor Allem die unbedingte Herrschaft der Polizei über alle Gastwirthe, die auf die Kundenschaft der ärmeren Bevölkerung angewiesen sind.

Eine derartige Machtbefugnis ist in den Händen einer jeden Regierung eine Gefahr, in den Händen einer Regierung mit so autoritären Tendenzen wie der preussischen, ist sie der Tod des politischen Lebens.

Alsdann hat man noch die Unverschämtheit, zu behaupten, das Schnapsmonopol werde der „Branntweinpest“ ein Ende machen helfen.

Die Schnapspest wird unter dem Monopol nicht nur eben so stark, sondern sogar noch stärker fortdauern als bisher. Dafür sorgt auf der einen Seite das Interesse der Herren Schnapsbrenner und der nach Mehr-Einnahmen lüsternen Reichskasse, auf der anderen Seite die steigende Noth der Massen.

Der große „Sozialreformer“, der jedes Eingreifen in die Gesetzgebung zu Gunsten der Arbeitsbedingungen der Arbeiter verwirft, der die freie Bewegung der Arbeiterklasse beeinträchtigt, wo er irgend kann, ist am letzten dazu geeignet, der Schnapspest ein Ende zu machen.

Und schließlich hat sich sogar noch ein Mann gefunden, den die sonderbaren Vorbeere des Herrn Adolph Wagner nicht schlafen ließen, und hat gemeint, aus den Erträgen des Schnapsmonopols werde die Regierung die Mittel nehmen zur Altersversorgung der Arbeiter.

In wirtschaftlicher Beziehung ein Institut, den Armen zu nehmen und den Reichen zu geben, in politischer Beziehung ein Mittel, den politischen Druck in jeder Weise zu mehren und das öffentliche Leben durch Vermehrung des Streberthums zu vergiften; in sozialpolitischer Beziehung lediglich darauf berechnet, die Klassenherrschaft zu verlängern, die Position der Ausbeuterklasse gegenüber dem arbeitenden Volk zu stärken, wird das Schnapsmonopol, unter welchem Deckmantel immer man es uns anbietet, von jedem Sozialdemokraten mit äußerster Energie bekämpft werden.

Allgem. Wahl-, Agitations- u. Fonds.

Im Juli und August 1885 liefen weiter bei uns ein: H. B. Pontresina (Fr. 220) Nr. 176. Wilhelmine a. b. Helsenhor 220 1 76. Rabatt v. Duerkopf — 80. Kleinschöcher und Gutrich 10 —.

Die Sozialdemokratie und das Schnaps-Monopol.

Das elende Ablehnungsspiel der Berliner Reptilien, als Dr. Eugen Richter vor mehreren Wochen gegen das drohende Schnapsmonopol Lärm schlug, hat nicht lange vorgehalten.

*) Von 4306 Kartoffelbrennereien in Norddeutschland zahlten 2934 über 3600 Mark Branntweinsteuer; von diesen 2934 größeren Brennereien befinden sich 2757 in 7 preussischen Ostprovinzen und dem Königreich Sachsen.

Der Warschauer Sozialistenprozess.

Warschau, den 13./25. Dezember 1885.

In dem Prozess gegen 28, der Theilnahme an der sozialrevolutionären Verbindung „Proletariat“ Angeklagte ward gestern Abend der Urtheilspruch gefällt. Die Angeklagten Friedensrichter Barowski, Geniecapitän Kuris, Student Rumici, Arbeiter Ossowski, Schmaus und Pietrusinski wurden zum Tode durch den Strang, von den übrigen Angeklagten 18 zu 16jähriger „schwerer Arbeit“ in den Bergwerken, 2 zu 10 Jahren 8 Monaten „schwerer Arbeit“ mit lebenslänglicher Anstalt in Sibirien und 2 zu lebenslänglicher Deportation nach Sibirien verurtheilt.

So lautet die amtliche Note, welche dem hiesigen und auswärtigen Publikum am 21. Dezember den Ausgang des großen, lange vorbereiteten Sozialistenprozesses mittheilt. So trocken-fahl sie lautet, bezeugt sie für uns polnische Sozialisten eine tief-schmerzliche Bedeutung; 28 unserer wackeren Genossen, die im Vorbestehen der Bewegung standen, sind den russischen Nachhabern in die Hände gefallen und von ihnen vernichtet worden. Die russische Despotie sucht ihre Gegner tödtlich zu treffen; sie weiß, warum es sich handelt und ist sich klar darüber, daß der Kampf, welcher zwischen ihr und dem Sozialismus geführt wird, für sie ein Kampf um Leben und Tod ist. Sozialismus und Despotismus können nicht neben einander bestehen, zwischen beiden ist jedes Parlamentiren, jede Verständigung ausgeschlossen. Dieser Charakter des in Polen und Rußland geführten Kampfes prägt sich auch in dem gefällten Urtheile aus, das trotz aller Abkürzungen, die es scheinbar macht, doch alle Angeklagten gleich tödtlich trifft. Ob zum Tode, ob zur Verurtheilung, ob zu schwerer Arbeit, ob zu lebenslänglicher Deportation nach Sibirien verurtheilt, das ist gleichbedeutend mit der Verurtheilung zum Tode. Wohl mancher unserer Freunde, dem scheinbar ein günstigeres Urtheil zu Theil geworden, wird diejenigen beneiden, welchen durch die Todesstrafe eine Zukunft voll sündlicher und endloser Qualen erspart wird, denen auch der kräftigste Mensch schließlich erliegen muß.

Der oben erwähnte Charakter des Kampfes tritt auch, wie wir noch sehen werden, in dem ganzen Prozessverlaufe zu Tage, das sich in dem Gerichtssaal der Warschauer Zitadelle abspielte und auf den Namen eines strafgerichtlichen Verfahrens nur insoweit Anspruch machen kann, als ein sogenanntes Verbrechen der Angeklagten ein in der Hauptsache schon in Petersburg fertig gestelltes Verbrechen verkündete, und zur Rettung desselben sich der nichtswürdigsten Mittel bediente.

Will man die Bedeutung des Warschauer Prozesses in der Geschichte der polnischen sozialistischen Bewegung verstehen, dann muß man etwa zwei Jahre zurückgehen. Im Sommer 1883 ward in Warschau ein sozialistischer Verein, Namens Janczewski, Mitglied der Partei „Rokodnja Wolja“, verhaftet. Janczewski war durch Verfolgungen und Entbehren sehr heruntergekommen. Er war krank und nervös und befand sich in einer Gemüthsverfassung, die es den Polizeibehörden leicht machte, verschiedene Behauptungen aus ihm herauszulocken. Welche Mittel man sich dabei bediente, den sonst so vertrauenswürdigen Mann zur Preisgebung dieser Geheimnisse zu veranlassen, das ist unbekannt. Sie mögen fürchtbar genug gewesen sein. Thatsache ist, daß Janczewski Alles, was er nur wußte, dem Staatsanwalt ausgab. Da er auch in Warschau lange Zeit für die russische Partei gearbeitet und viele Bekanntschaften unter den polnischen Sozialisten hatte, so sahete sein Verrath zu Haus-suchungen und mehreren Verhaftungen, die im April 1884 stattfanden und den Keim des vorliegenden Prozesses bildeten. Inzwischen war im November 1883, leider infolge eigener Unvorsichtigkeit, ein braver Vorkämpfer des polnischen Sozialismus, der aus dem Krakauer Prozess von 1879 bekannte S. W a r s z e w s k i, auf der Straße verhaftet worden. Obwohl er mit mehreren später Verhafteten in enger Verbindung gestanden, ließen weder er noch andere Verhaftete sich zu irgend welchen Geständnissen über ihre Thätigkeit in der sozialistischen Bewegung herbei. Freilich kümmern sich die russischen Gewaltthäter darum nicht, ob ihr Opfer sich für schuldig bekennt oder nicht. Man kerkert einfach einen jeden Verdächtigen ein, sucht Material gegen ihn zu beschaffen, so daß man zur „inneren Ueberzeugung“ gelangt, er sei auch unter den Sozialisten gewesen. Und damit hat man genügenden Grund, die Verhafteten in d. r. Zitadelle sitzen zu lassen. Daraus greift man ein neues Heer Verdächtigen auf und findet dann Gelegenheit, die Einen gegen die Andern auszuspielen und aus den Verdächtigen Schuldige zu machen.

Die Spione demnächst zahlreiche Opfer, die sich als Belastungs-material vermehren ließen. Außerdem fehlte es nicht an einer Menge von Flugblättern, Nummern des Parteiorgans u. s. w., um die vielen Verdächtigen anklagen zu können. Zum Unglück befanden sich unter den Verhafteten auch solche Personen, die dem Raffinement der Untersuchungsbehörde nicht gewachsen waren und unvorsichtige Aeußerungen machten, die später großen Schaden anrichteten.

Es wurden nach Aussage des Kommandanten der Festung auf diese Weise 122 Personen verhaftet, mit denen man anfänglich nicht anfangen wollte. Viele Verhaftete, besonders Arbeiter, wurden nur aus diesem Grunde wochenlang im Gefängniß gehalten, ohne verhört zu werden.

Manche Mitglieder der terroristischen Partei „Proletariat“ ließen es auch an der erforderlichen Vorsicht mangeln, und so konnte man Beweise gegen einzelne Personen häufen, andere hinsturzen lassen. Die Sache verwickelte sich mit jedem Tage mehr. Einige Personen, die Protektion hatten, gab man ohne Weiteres, andere gegen Bürgschaft frei, mehrere auch ohne Protektion und Kaution, weil der Staatsanwalt die innere Ueberzeugung hatte, daß sie „unschuldig“ waren. So verstrich die Zeit. Leider muß man auch, wie gesagt, einige sonst tüchtige Genossen für die unangebrachten Verluste, welche die Partei solchen erlitten, mitverantwortlich machen, da sie Personen, die nicht genügend zuverlässig waren (und dies war ein offenes Geheimniß), über die wichtigsten Parteiangelagenheiten informierten. Es kam zum Krach. Besonders zeichnete sich ein gewisser Balanowski aus, der seine besten Freunde verrath, um sich selber zu retten. Zwar wurde Niemand seinerwegen verhaftet, das kann man sich aber durchaus nicht abhalten, seinen Namen der öffentlichen Verachtung preiszugeben.

Es ward nun nach dem jesuitischen Recept „der Zweck heiligt die Mittel“ ein eigenhändiges Verfahren eingeleitet. Man schleppte dazu Verdächtige aus Lodz, Giez, sogar aus Kiew und Krakau herbei. Die österreichische Regierung hat noch nie der festen- oder systemverwandten russischen einen Liebesdienst abgelehnt. Auch ohne einen speziellen Auslieferungvertrag hat sie so manchen unserer Bestimmungsgenossen, der in den österreichischen Ländern vor den russischen Heeren Schutz suchte, wieder ausgeliefert, vielleiht in der Ueberzeugung, daß wenn die russische Despotie zusammenbricht, der Despotismus in Mitteleuropa sich keinen Tag länger halten kann. Uebrigens werden die Liebesdienste, die man in Wien und Berlin dem vor Angst schlotternden Jaren leistet, von diesem hoch aufgenommen. Sie bilden den eigentlichen Kitt der heuchlerischen Freundschaft zwischen den drei Kaisern.

Endlich hatte man gegen alle Angeklagten so viel Material beisammen, um die Orgie anfangen zu können. Die Einen wurden angeklagt als Mitglieder der sozialistischen Partei „Solidarnosc“, Andere als Parteigänger des terroristischen „Proletariat“, noch Andere als Mitglieder des sozialistischen Komitees des „Rothens Kreuzes“, oder als Mitglieder der „Rokodnja Wolja“. Einigen wollte man nachweisen, daß sie an der Hinrichtung Subeiskins Theilgenommen, Andere wurden beschuldigt, ein Attentat gegen den Zar geplant zu haben. Verschiedenen konnte man beweisen, daß sie Spione getödtet oder verwundet, Andere hatten selbst zugestanden, daß sie als Mitglieder des Centralcomitès des „Proletariats“ verschiedene Spione zum Tode verurtheilt. Bei einzelnen Angeklagten hatte man Druck-sachen gefunden, bei anderen Broschüren, Zeitungen, Flugblätter, Schriften, oder wichtigeres Anklagematerial, wie Pläne, bei Einigen sogar — angeblich — Dynamit! —

Die Untersuchung wurde nunmehr geschlossen. Die geheime Polizei konnte nichts mehr ermitteln, es schien, als ob der Sozialismus ausgerottet wäre. Dennoch schob man die Entscheidung über das Schicksal der Unglücklichen immer wieder hinaus, unbekümmert darum, daß die trostlosen nächsten Angehörigen derselben täglich den Procurator mit der Frage besüßten, wann das Verfahren endlich zu Ende sein werde. Wochen über Wochen vergingen, bis am 29. August d. J. auf der Generalversammlung der Angehörigen einer großen Zahl männlicher Angehörigen (die Frauen und Mädchen haben keine so nahe bei den Verwandten) angefragt wurde, daß ihre Männer und Söhne noch an demselben Tage nach dem Osten verpackt werden würden. Nur eine Frau war einen Tag vorher benachrichtigt worden.

So waren fast Alle außer Stande, die unglücklichen Verbannten mit

Geld oder Kleidern auszurüsten. Der sozialistische Verein „das rothe Kreuz“, der seine Pappentheimer kenne und seine Kasse rechtzeitig bereit gehalten hatte, that zwar sein Möglichstes und rüstete mehrere Verbannte mit Geld und Kleidern aus, aber seine Mittel waren beschränkt, und so mußten viele unserer Freunde leer ausgehen.

Die Zahl der auf administrativem Wege Verhafteten betrug 24, wie immer, aus den verschiedenen Gesellschafts-schichten: aus der Intelligenz und der Arbeiterklasse. Je nachdem es den Schergen des Jaren beliebt hatte, wurden sie auf 4—5 Jahre nach Ost- und Westsibirien verbannt. Einige dieser wackeren Genossen mag an dieser Stelle Erwähnung geschehen.

Zunächst sei hervorgehoben, daß einer der hervorragendsten Leiter der Bewegung, Genosse P u c h o w i c z, schon in der Zitadelle seinen qualvollen Leiden — nach meinem Dafürhalten zu seinem Glück — erlegen war. Außerdem waren noch mehrere Personen erkrankt, fast alle litten an den Augen! Verbannt wurden die Genossen Fel. Jentys und die Genossen Sawicki, Handelsman, Pasche, Onufrowicz, Byt, Blachinski u. s. w. Ueber 10 Personen verhängte man (ohne gerichtliches Urtheil!) Festungstrafe von 4—16 Monaten.

Und wieder warten wir Wochen und Monate darauf, was die hohe Regierung mit den anderen Opfern anfangen werde. Das Endergebnis hat alle unsere Befürchtungen weit hinter sich gelassen. Kein Mittel war den jählichen Handlangern zu schlecht gewesen, um zu ihrem Ziel: Befriedigung ihrer rohen Nordgelüste, zu gelangen. Man beraubte einen Theil der Verhafteten, damit sie in diesem Zustande gegen die Andern ausfingen. Nach dem russischen Gesetz, das noch aus einer Zeit stammt, wo man in Rußland darauf hielt, als ein europäischer Staat zu gelten, darf kein Angeklagter Zeuge sein. In Ermangelung anderer besserer Zeugen scheute man sich aber nicht, wider das Gesetz zu handeln, und theilte, um dem schmachtenden Verhafteten ein bequimes Mäntelchen umzuhängen, an dem Laq der Komodie — pardon, des Kriegsgerichts, den Rest der Verhafteten in Angeklagte und Zeugen ein. Dem Gericht selbst wohnten, wie vorausgesehen, nur die „Richter“, die Staatsanwälte, die Advokaten und die zur Ueberwachung kommandirten Gensdarmen bei. Freilich auch die Angeklagten und — sobald man sie brauchte — die Zeugen.

Gegen die 28, die man dieses Mal auswählte, hatte man 100 Zeugen gesammelt, darunter neben zahlreichen Spielern mehrere Sozialisten. Der Anklageakt umfaßte 200 Bogen in Folio und war selbstverständlich kein einheitliches Ganze, sondern bestand aus einer Anhäufung von angeleglichen und wirklichen „Verbrechen“ einzelner Personen, die gleichzeitig zu verschiedenen revolutionären Parteien gehören sollten. Allerdings war Mebreres im Anklageakt wahr, aber leider in Bezug auf ganz andere Leute, als die Angeklagten. Der Staatsanwalt sprach zwei Tage, um die Schuld der Angeklagten zu beweisen. Er hätte sich die Mühe ersparen können, da das Urtheil schon vorher in Petersburg festgesetzt war. Er verlangte 26 Todesurtheile — eine Kleinigkeit für einen strebsamen Staatsanwalt. Nach ihm gaben sich die polnischen Advokaten große Mühe, die Richter davon zu überzeugen, daß es keinen polnischen Sozialismus gebe, sondern daß es sich um russische Umtriebe handle. Verlorene Zeit! Ueber die Richter wollten, noch die Welt kann davon überzeuget werden. Man muß aber gestehen, daß die Advokaten insofern ihre Pflicht gethan haben, als sie während des Prozesses wiederholt dem willkürlichen und schamlosen Handeln der Untersuchungsbehörde wie des Gerichtspräsidenten in den Verhändlungen heruntergeriffen haben. Es wurde im Verlauf der Verhandlungen den Advokaten klar und ist jetzt für das ausländische Publikum festgesetzt, daß mehrere Angaben mit Gewalt erpreßt worden, daß einige Verhaftete, die wahnsinnig geworden, dennoch als Zeugen demütigt worden sind u. s. w.

Ein förmliches Gewebe der beispiellosesten Niedertracht, der schamlosesten Justizcorruption war es, was bei diesem Prozess zu Tage trat.

Die Angeklagten verhielten sich durchweg musterhaft. Man kann ihnen für ihr Verhalten vor Gericht nur volle Anerkennung sollen. So wußten wir über den Muth und die Klarheit zu freuen, mit welchen W a r s z e w s k i, einer unserer wackersten und edelsten Genossen, sich mit den anderen Angeklagten solidarisch erklärte und deren Schuld auf sich zu nehmen versuchte. „Ich bekenne mich nicht für schuldig“, sagte er in der Sitzung vom 14. Dezember, „denn in meinen Ueberzeugungen kann ich keine Schuld sehen. Die soziale Revolution betrachte ich als Folge der Geschichte. Unsere Partei beschäftigt sich nicht, diese Revolution hervorzurufen; ihr Ziel war, die Arbeiterklasse auf ihr Kommen vorzubereiten. Der Vorwurf einiger Tödtungen lastet wohl auf uns, es waren dies aber keine gemeinen Morde, keine Ermordung politischer Gegner, sondern Todesstrafen, zu denen wir Verurtheilt derurtheilt. Ich schmerzt mich dies, wie mich jeder Todesfall überhaup, sei es eines Soldaten auf dem Schlachtfelde, oder eines Arbeiters unter dem Rade der Fabrikmaschine schmerzt. Und ich es unsere Schuld, daß, wie die Statistik des Gouvernements Mittel-Rußlands, die nach dem Orientkriege aufgestellt wurde, zeigt, — daß in den Fabriken des Gouvernements zweimal so viel Verlethungsfälle vorkamen, als in der blutreichsten Schlacht an der Donau! Ich weiß, daß Sie eine Strafe über mich verhängen werden, obwohl ich weiß, daß es eine unerdiente ist, — ich bitte Sie auch nur um eines, meine Herren Richter: daß diese Strafe nicht geringer sein möge als diejenige, die Sie gegen irgend einen meiner Genossen beschließen werden.“

In ähnlicher Art sprach J a n c z e w s k i, der als Vertreter der Intelligenz von den Richtern verlangte, sie sollten die Intelligenz schwerer bestrafen als die Arbeiter.

Vorzüglich aber verdient der Heldenthum des Arbeiters A n t o n P a p l a w s k i rühmendste Anerkennung, der sich die Schuld der Tödtung eines Spions zuschrieb, um einige Genossen zu retten, obwohl die Anklage ihn gar nicht damit in Verbindung gebracht hatte.

So war, obwohl während der Untersuchungshaft sich nicht alle Befangenen so tapfer gehalten als während der Verhandlung, was Niemanden Dunder nimmt, der die russische Untersuchungshaft kennt, der Gesamteindruck des Prozesses ein im höchsten Grade erhebender für die Angeklagten.

Ihr Brüder und Genossen, die ihr in den Tod und die Verbannung geht, ich begleite die heissen Grüße der Zurückbleibenden. Sie geloben Euch, in Eurer Fufstapfen zu treten und ihre ganze Lebenskraft der Sache zu widmen, für die Ihr gefallen. Euch hat ein brutaler Gegner niedergeschlagen in dem Tahn, mit Euch die Sache der Unterdrückten und Ausgebeuteten niedergeschlagen zu haben. Er weiß nicht, daß sie unsterblich ist, und daß aus dem Blute, in dem er sie zu erstickt, neue Kämpfer erwachen werden. Feige Slaven nur kann Euer Schicksal abschrecken, die bewußten Streiter der Zukunft verpflichtet es zu unerbittlichen Kampfe, bis der Sieg errungen, bis Euer Loos gesüht.

Alexander.

Ein Vorschlag zur Abänderung unseres Programms.

(Eingesandt.)

Vor mehreren Monaten forberte das Parteiorgan die Genossen dazu auf, ihre Meinung über unser Programm und in Bezug auf eine oder die andere Abänderung auszusprechen. Nichts kann gerechter sein als dies; denn wir wollen keine ewig feststehenden Glaubensartikel, sondern unser Programm soll der Ausdruck des frisch pulsirenden Lebens der Menschheit sein.

Die schweizerischen Bundesgenossen schreiben vor, daß keine Verfassung eines schweizerischen Einzelstaates Anerkennung finden soll, welche nicht die Bestimmung enthält, daß sie, wenn die Mehrheit der Einwohner des betreffenden Kantons dies zu erkennen gibt, abgeändert werden kann.

Unser Programm ist gewiß eines der radikalsten, welche es gibt — bis auf einen Punkt, welcher nach meiner Meinung eine nicht zu rechtfertigende Schwäche verräth.

Dies ist der Abschnitt, welcher sich auf die Religion bezieht und welcher lautet: „Erklärung der Religion zur Privatsache.“

Ich kann mir wohl vorstellen, was die Genossen bei Aufstellung des Programms damit bezwecken wollten. Sie sagten sich: Bei dem Kampf auf dem politischen und wirtschaftlichen Gebiete sind uns auch Diejenigen willkommen, die noch an dem alten Glauben hängen, denn es ist nicht ausgeschlossen, daß Jemand ein guter Sozialdemokrat sein kann, der noch an die Einwirkung eines höheren Wesens glaubt u. s. w.

J. J. Rousseau war ein Sozialdemokrat (?) und glaubte doch noch an Gott, allerdings nicht an den der Priester.

Andererseits hat man radikale Freidenker gehabt wie Strauß, welche auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete Reactionäre der schlimmsten Sorte waren.

Viele von unseren Freunden mögen auch wohl auf dem Standpunkte Ludwig Feuerbach's stehen, welcher, obgleich nie ein Reich mehr als er die Säulen des Kirchenglaubens erschütterte, dennoch nicht aus der Kirchengemeinde ausschied, weil er sagte: Der ganze Blunder hat ja zu wenig Bedeutung für mich.

Ein anderer Theil von uns mag vielleicht gedacht haben: Wir haben die Inhaber aller Privilegien und Vorrechte zu unseren Begnern, laden wir uns also nicht auch noch die Pfaffen auf den Hals; und oftmals, wenn man einen oder den anderen von uns bei der Agitation auf die Näherungen trat, wegen unserer Berachtung des Glaubens, antwortete der Agitator: Der Herr Pastor ist vollständig im Unrecht — unsere Partei läßt Jedem seinen freien Willen in Bezug auf seinen Glauben, Religion ist Privatsache jedes Einzelnen bei uns, so besagen unsere Statuten. Unsere Partei ist also keine kircheneindliche Partei. Noch mehr in die Enge getrieben, sagte unsereiner dann wohl noch: Ja, ich allerdings — ich bekenne aufrichtig, daß ich an gar nichts glaube, aber ich mache hier keine Befreiungsversuche für meine Glaubenslosigkeit, sondern für meine Partei.

Das hilft uns doch Alles nicht, liebe Genossen, wir werden doch als Träger des Unglaubens und der Religionslosigkeit angesehen, und ich kann's unseren Begnern nicht verdenken, daß sie sich durch unser schwächliches Mäntelchen: „Religion — Privatsache“ nicht davon abhalten lassen, uns als Genossen des Teufels hinzusetzen.

Beiläufig gesagt, ist mir persönlich das ganz recht, denn der Teufel ist die einzige anständige Person in der ganzen christlichen Kirche. Leset die Bibel durch — ihr müßt sie aber ganz durchlesen — wenn ihr es nicht glauben wollt.

Wer solche Befehle geben kann, wie Gott der Vater 2. Kor. Cap. 11 B. 2; 1. Samuel. Cap. 15 B. 3 u. s. w., kann auf unsere Achtung keinen Anspruch machen, und wer wie Jesus (Lukas 19 B. 27) anordnet: „Doch jene meine Feinde, die nicht wollen, daß ich über sie herrschen solle, bringet her und erwürgt sie vor mir“, und sich dann hinterher so feige vor Gericht benimmt, hat ebenfalls keinen Anspruch auf unsere Achtung, sondern er würde, wenn er Sozialdemokrat gewesen wäre, wegen überpannter Herrschsucht und feigen Verhaltens vor Gericht aus der Partei ausgestoßen worden sein.

Ueber das Lumpengefindel, was sich Expulter u. s. w. nennt, kann ich nur sagen: größerer Hallunken hat nie die Sonne bestrahlt; und der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs freute sich stets über ihre Verbrechen, gemein und zahllos wie der Sand am Meer.

Solche Schandthaten hat der Teufel laut Bibel nie begangen, sondern er wollte nur die Alleinherrschaft des Gottes Zebaoth nicht anerkennen, im Uebrigen scheinen die beiden Herren laut Hiob Kap. 1 gar nicht auf so gespanntem Fuße zu leben.

Wo meine ich — da wir doch einmal Teufelsbraten sind — wollen wir solches auch frei bekennen, und beantragen, es statt des obigen „Erklärung der Religion zur Privatsache“ zu setzen:

„Die Sozialdemokratie betrachtet es als ihre Pflicht, Aufklärung auf allen Gebieten des Wissens, einschließend der Religion, im Volke zu verbreiten und den Aberglauben in jeder Form und nach jeder Richtung hin zu bekämpfen.“

Damit würde eine feste Stellung auch auf diesem Gebiete erlangt sein.

Vor einem Jahre hatte ich mit einem mir befreundeten, in weiten Kreisen bekannten Gelehrten — einem Douctenforcher des christlichen Böhmenlandes — eine Unterredung, bei welcher sich dieser über unsere Gegenstande wie folgt ausließ:

„Mir scheint es fast, als wenn Ihr Euch um diesen Theil Eurer Aufgabe herumdrücken wollt. Kann ein Volk frei sein, welches in den Händen der Priester schmachtet? Krone und Altar! das ist noch heute das Feldgeschrei der Reaction, das Volk auszuquetschen und dann es noch so in der Abhängigkeit und Unwissenheit zu erhalten, daß es seine Ketten als Ehrenzeichen und seine Erniedrigung als Religion betrachtet, seine Freunde und Erbsen aber zerreiht, wenn es wie der Kettenhund auf uns geht und wird. Das ist eben das Ergebnis der Religion, die Kunst der Kirche vertritt mit der Macht der volksfeindlichen Regierung.“

Mein Freund hat Recht.

Obt doch, was der Hofprediger sagt: Die Lage des Arbeiterstandes muß gehoben werden, aber wodurch: durch Besserung der materiellen Lage, nämlich durch Entlastung von direkten Steuern und Einführung von indirekten auf allgemeine Verbrauchsartikel, Entlastung von der Pflicht, Abgeordnete wählen zu müssen, und durch Wiederbelebung des Glaubens.

Was sagt das Zentrum?

Die Lage des Arbeiterstandes muß gebessert werden. Die Mittel sind dieselben wie beim Hofprediger, nur das Wahlrecht des Volkes halten sie, solange dasselbe noch grobentheillich unter ihrer Führung marschirt, fest. Und wie halten diese das Volk in der Gewalt?

Dafür nur einen Spag.

Zwei sozialdemokratische Agitatoren hatten in der letzten Wahlkampagne in Westfalen in einem katholischen Dorfe, in welchem fast nur Industriearbeiter wohnen, eine Versammlung abgehalten. Der Erfolg war geradezu verblüffend, die Masse der Arbeiter gerieth bei den Ausführungen unserer Redner in eine selten gesehene Begeisterung und sie forderten letztere auf, in einiger Zeit eine zweite Versammlung abzuhalten, was auch geschah.

Als die zweite Versammlung bei überfülltem Lokale begann, bat der Herr Pfarrer um Wort. Als ihm geantwortet wurde, daß die Versammlung erst konstituirt werden müsse, meinte er, ein Bureau sei unnötig; er wolle zu seinen Pfarrkindern sprechen, wer damit einverstanden sei, daß er vor Beginn der Versammlung sprechen dürfe, solle sich erheben. Alles stand auf wie ein Mann. Er hielt nun eine Predigt, daß wir das Volk nur von seinem Glauben abspenstig machen wollten, das Gute, was wir wollten, wolle die Kirche erst recht, wir hätten's ihnen nur abgequod u. s. w.

Die Arbeitermasse sah so still wie in der Kirche. Zum Schluß sagte er wörtlich:

„Wollt Ihr auch ferner unter der Leitung Eurer heiligen christlichen Kirche zur Wahl gehen und Euch nicht von fremden Eindringlingen von unserem heiligen Glauben abwendig machen lassen, so sehet auf und antwortet mit Ja!“

Alle standen auf und antworteten stehend, mit niedergeschlagenen Augen: „Ja!“

„Wollt Ihr mir als Euren Seelsorger auch ferner vertrauen und mir glauben, daß ich auch Euer irdisches Wohl beabsichtige, so antwortet abermals mit Ja!“

„Seid Ihr schließlich damit einverstanden, daß ich diesen beiden Volksverführern sage, daß sie sich sofort aus unserem friedlichen Dorfe entfernen und sich hier nimmermehr wiedersehen lassen, so antwortet abermals mit Ja!“

Wieder und wieder ertönte das Ja aus aller Mund, feierlich, wie es ihnen in der Kirche gelehrt worden.

Ich brauche wohl nicht hinzuzufügen, daß wir dort keine Stimme erhielten.

Mit der Erzählung dieses Vorganges will ich nur beweisen, daß es nötig ist, daß wir die Kirche und den christlichen Aberglauben offen und unumwunden angreifen und den Jahrtausende alten Bau einzurichten versuchen — erst dann dürfen wir hoffen, dem Volke auch Verständnis für seine irdische Lage beibringen zu können, wenn es diese Erde und das Dasein auf der Erde als einzigen Zweck des Lebens ansieht, nicht aber das Leben als eine Vorstufe des Himmels betrachtet und sich daher von Junkern und Pfaffen alle irdischen Freuden vor der Nase fortnehmen läßt. Daß.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 13. Januar 1886.

x. In deutschen Blättern, die für demokratisch gelten, und namentlich auch in solchen, welche die Interessen der Arbeiter zu

vertreten behaupten, finden wir seit einiger Zeit einen sehr abelwollenden, um nicht zu sagen gefälligen Ton gegenüber der französischen Republik. Wir können dies nicht billigen. Zunächst sei bemerkt, daß die Presse eines despotisch regierten, der Polizeivollmacht preisgegebenen Landes vor allem die Aufgabe hat, gegen den Despotismus und die Polizeivollmacht im eigenen Lande Front zu machen. Versäume sie dies, und richtet sie stattdessen die Pfeile ihrer demokratischen Kritik ausschließlich auf das Ausland, so leistet sie dem Despotismus und der Polizeivollmacht im eigenen Lande indirekt Vorschub. Und in gesteigertem Maße tut sie das, wenn das fremde Gemeinwesen, das sie ihrer abfälligen Kritik unterwirft, freier und besser regiert ist als das eigene Land. Und daß dies bei Frankreich der Fall ist, wird doch Niemand, der einen Funken demokratischer Gesinnung in sich hat, leugnen können.

Daß die französische Republik die soziale Frage nicht gelöst hat, ist richtig. Aber hat Jemand, der die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Frankreichs kennt, dies im Ernste erwarten können? Die Republik ist eine Staatsform, welche sich mit den verschiedenartigsten Gesellschaftszuständen verträgt, und die in einem Lande, das gleich Frankreich zu zwei Dritteln aus Kleinbauern, Kleinbürgern und Bourgeois besteht, mit Notwendigkeit einen bürgerlichen Charakter tragen muß.

Wem ist es denn in Deutschland etwa besser? Hat die deutsche Reichsregierung etwa die soziale Frage gelöst? Ist nicht das Schauergericht, welches sie uns unter dem löblichen Namen „Sozialreform“ aufsticht, von den deutschen Arbeitern mit seltener Einstimmigkeit als Schwindel und Putscherei verurteilt worden? Wohl hat Frankreich vorläufig nur den 12stündigen Normalarbeitstag, aber ist derselbe, mangelnd wie er ist, nicht mehr wert als die ganze traurige „Sozialreform“ der deutschen Reichsregierung? Und haben die französischen Arbeiter der deutschen Reichsregierung, welche die Republik ihnen gewährt, für ihren Emanzipationskampf nicht mächtige Waffen, welche den deutschen Arbeitern versagt sind?

Wegen unserer Prüfung finden wir in Deutschland nichts, worum die französischen Arbeiter und Bedenken könnten; wohl aber in Frankreich sehr viel, worum wir die französischen Arbeiter beneiden können. Alles in Allem genommen auf dem Gebiete der Arbeiterfragen. Alles in Allem genommen auf dem Gebiete der Arbeiterfragen. Alles in Allem genommen auf dem Gebiete der Arbeiterfragen. Alles in Allem genommen auf dem Gebiete der Arbeiterfragen.

Wir verlangen gemäß nicht, daß man sich vor dem Fremden, weil es fremd ist, anbetend in den Staub werfe; aber auf Schärfe müssen wir tadeln, daß man das Fremde, weil es fremd ist, angreife, und durch feindliche Kritik des Fremden das Schlechtere Heimische in ein günstigeres Licht setze. Die Presse despotischer und in ein günstigeres Licht setze. Die Presse despotischer und in ein günstigeres Licht setze.

Die deutschen Blätter, die jetzt so tapfer auf Frankreich schimpfen, und die französische Republik bei jeder Gelegenheit unter das Siegmesser unerbittlicher Kritik nehmen, sollten sich nur einmal die russischen Zeitungen ansehen — sie werden in denselben vielleicht einen noch größeren Radikalismus in die Ferne entdecken. Jedenfalls wird unsere Presse dem Volk und der Freiheit einen größeren Dienst leisten, wenn sie sich diese russische Taktik abgewöhnt, und die Spitze ihrer Kritik vor allem gegen die heimischen Verhältnisse richtet.

Radikalismus in die Ferne. „Kein ernsthafter Politiker in England gibt sich mehr dem Wahne hin, Irland sei noch durch maßvolle Konzessionen zu befriedigen. Alle Reformen, so zweckmäßig auch sie sein mögen, kommen viel zu spät. Auf dem durch die Regierung von Jahrhunderten durchwühlten irischen Boden, der mit dem Blute und den Verzweiflungstränen ganzer Generationen getränkt ist, erscheinen die jetzt zu bewilligenden Erleichterungen nur noch als die Marksteine revolutionärer Siege. Das Ausrottungsprinzip und die Politik der Gewalt herrschen, die England gegen das besiegte Irland jederzeit zur Anwendung brachte, rächt sich jetzt juristisch. Der in acht aufeinander folgenden Landkonfiskationen depopulierte Kette fordert jetzt von dem angelsächsischen Eroberer nicht allein seine nationale, politische Unabhängigkeit, sondern auch den Beschlag genommenen Grund und Boden als sein Eigentum zurück. Die Landverteilung der englischen Grundbesitzer ist die oberste Forderung Irlands. Damit stellt es sich auf den revolutionären Boden.“

„Auch, der Jammer Irlands über die englische Mißverwaltung schreit gen Himmel.“ Die Lage Irlands ist eben so verzweifelt, daß jedes Hindernis jetzt nur noch der sich vorbereitenden Revolution zu Gute kommt.“

Welchem umstürzlichen Blatte mögen diese Zeilen entnommen sein, bei deren Lesen jedem irischen Republikaner das Herz im Leibe laßen muß? Gernach, das Blatt, das so sympathische Worte für die Revolutionäre des britischen Reiches hat, sind die — „Dresdener Nachrichten“, eines der servilsten, ipseidiotischsten Blätter Deutschlands, das zu Hause jede Polizeibestrafung duldet, für Ausnahmegeetze schwärmt und nicht entrüstet genug über den revolutionären Charakter der deutschen Sozialdemokratie zittern kann.

Beschwähle es der vornehmste Pöbel doch nicht, ihn durch Einwerfen seiner Fenster insultrieren zu wollen! In Demmler ist ein Charakter, ein treuer Genosse gestorben, eine jener seltenen Naturen, die nicht alt werden und bei denen Herz und Kopf an der richtigen Stelle sind, so daß sie in unerwählter Jugendfrische den Pulsschlag der Menschheit stets fühlten, und stets mit dem Volk und für das Volk empfanden, denken und handelten. Ehre unserem braven, alten und doch stets jungen Demmler!

Die Beerdigung Demmlers fand am 6. Januar unter großartiger Beteiligung statt. Die organisierte Arbeiterkraft Schwerins, zahlreiche Deputationen von auswärtig folgten in imposantem Zuge dem Sarge des Verstorbenen, auch die Bürgerchaft, in deren Mitte Demmler so lange gewirkt, verlagte ihm den Tribut ihrer Anerkennung nicht — „ganz Schwerin war auf den Beinen.“ Zahllos waren die Kränze und Palmyrweige, die zum Teil mit Widmungen, von Raß und Fern zu Ehren des Verstorbenen beschriftet worden waren. Neben am Grabe waren nicht gestattet oder vielmehr, die Erlaubnis dazu, welche der Geistlichkeit untersteht, war gar nicht erst eingeholt worden; als Genosse Auer mit einigen wenigen Worten der Thätigkeit des verstorbenen Mitstreiters gedachte, wurde er sofort von dem überwachenden Polizeisten unterbrochen. Im Uebrigen verlief die Beerdigung ohne Störung.

Die schon früher einmal von uns gekennzeichnete Entenfabrik in Krakau, Spezialität Nihilisten-Würchen, setzte vorige Woche folgende Werbung in Umlauf: „Die Nihilisten haben wieder einen fähigen Streich ausgeführt. Dieselben brachen nämlich in der Nacht zum 2. dies in der Kasse des Postamts in Moskwa am Don ein und raubten viele wichtige Korrespondenzen und 13,000 Rubel Baargeld!“ Obwohl die Unglaubwürdigkeit dieser Notiz auf der Hand liegt — denn woher kann, vorausgesetzt, daß der Diebstahl überhaupt stattgefunden, der eble Krakauer Reporter denn wissen, daß grade Nihilisten ihn ausgeführt? — trotz ihrer handgreiflichen Unglaubwürdigkeit, wiederholen wir, wurde sie, mit sehr wenigen räthselhaften Ausnahmen, von der gesammten Presse des Denkervolkes unbedenken als wahr hingenommen. Trotz aller Aufklärungen über den Charakter der revolutionären Bewegung in Russland genügt die Erwähnung des Wortes „Nihilist“, um den abernsten Kunstmärchen Vorschub zu leisten. Selbst rabuläre Blätter vergessen immer wieder, daß jede thätige Opposition gegen den russischen Despotismus von der offiziellen Journalistik als nihilistisch bezeichnet wird, daß dieses Wort in seiner heutigen politischen Anwendung nichts ist als ein Sammelnamen, etwa wie in Deutschland feinerzeit das Wort Reichsfeind für jeden Gegner Bismarcks. Wie es hier hieß, Bismarck ist das Reich, und daher Jeder, der Bismarck entgegenzutreten wagt, ein Reichsfeind, so heißt es in Russland: der Jar ist alles, und wer die Allmacht des Jaren bekämpft, ist ein Nihilist. Die offizielle russische Presse hat ein Interesse daran, den Begriff dieses Wortes zusammenzuwerfen mit allem, was die Spießbürgerphantasie Schreckliches erfinden kann, genau wie vor und nach 1848 die Regierungsorgane in Deutschland das Wort Demokrat als Popanz gebrauchten im Sinne der berühmten Basermännchen Gestalten. Ihr dabei Vorschub leisten, heißt der russischen Regierung, der Reaktion überhaupt Vorschub leisten. Wenn die Wiener und Krakauer Lügenpresse das nicht verschmäht — durch ihre Kunstmärchen über den „Nihilismus“ ist sie auf der andern Seite auch für gewisse Wiener anarchotheoretische Experimente verantwortlich zu machen — so ist das ihre Sache. Blätter, die auf politische Gesinnung Anspruch machen, können nicht energisch genug gegen diesen Unfug protestieren.

Die Berliner „Volkszeitung“ bemerkt zu der oben erwähnten Notiz ironisch: „Wird denn in Russland nur von Nihilisten gesprochen?“ Die Frage ist gut gemeint, aber sie trifft doch nicht scharf genug. Die Nihilisten heißen überhaupt nicht, die Post u. c. Kardor sind bei den Gutgesinnten zu suchen. Das offizielle Aufsehen sticht, das oppositionelle, nach Freiheit strebende Russland kämpft und stirbt für seine Sache, aber es entehrt sie nicht durch gemeine Diebereien.

Rational-liberale Logik. Die „Erfelderter“ schreibt mit Bezug auf unsere Kritik ihrer Parteinahme für Russland gegen England: „In dem Züricher Sozialistenorgane wird wegen einer Aeußerung der „E.“ über den bevorstehenden Sturm Englands Alarm geschlagen. Das Blatt hat uns nicht ganz verstanden; England wird in Indien gestürzt werden; geht aber Russland nach Indien, dann ist Europa zugleich von der englischen und der russischen Präponderanz befreit. Im Uebrigen ist uns die Borliebe eines sozialdemokratischen Organs für das Heimland des Merkantilismus je nachdem gar nicht oder recht wohl verständlich. Als für den europäischen Hauptstiel des Sozialismus nämlich.“

„Je nachdem“ verstehen wir die „Erfelderter Zeitung“ besser als sie glaubt. Ihre auswärtige Politik entspricht durchaus ihrer inneren Politik. Sie steht rechts absolut nichts von einer Reaktion, sondern hat nur Augen für die Gefahr von links. So macht man zu Hause für Junker und Pfaffen, in der Weltpolitik für Russlands Pläne den Weg frei. Sibt statt des freihändlerischen England das absolutistische, rückwärtige Russland in Indien, dann ist Europa von der — russischen Präponderanz (Nebergenoch) befreit! Aprés cela il faut tirer l'échelle — gegen diese Logik kommt Niemand auf.

Unsere Borliebe für England, wenn dieser Ausdruck überhaupt angeht, unfrei internationalen Standpunktes einen Sinn hat, gilt nicht dem „Heimland des Merkantilismus“ — welche letzterer beiläufig in Russland leitendes Prinzip ist und nicht in England, wo der Industrialismus zu Hause ist, sondern dem politisch vorgeschrittenen Lande. Es ist im höchsten Grade bezeichnend für den vielberühmten deutschen „Idealismus“ — daß er dafür gar kein Verständnis mehr hat, und deshalb um so absurder, wenn er noch immer von der früheren tugendhaften Erhabenheit über den Krämerstirn der englischen Nation zehnen will. War diese Erhabenheit schon früher in 99 von 100 Fällen nichts als der pharisaische Reiz des plumpen Kleinräumers über den prägnanten Grobkühnheitsreißer, so erlangt sie heute vollends jeder Berechtigung. Weit schlimmer als in irgend einem andern Lande haust der Krämerstirn in Deutschland, und seine schlimmsten Träger sind just die, welche sich als die einzig berechtigten Repräsentanten des nationalen Geistes gebenden.

Demokratisch-fortschrittlicher Byzantinismus. Wie tief selbst die am weitesten nach links stehende bürgerliche Opposition Deutschlands in dem Sumpf des Byzantinismus steckt, hat sich bei Gelegenheit des letzten Berliner Hohenollern-Kummels wieder einmal so recht deutlich gezeigt. So schrieb die „Frankfurter Zeitung“ unterm 2. Januar: — Seit dem Tode des ersten Napoleon hat kein Herrscher die Welt mit dem Ruhme solcher Kriegsthaten erfüllt, wie König Wilhelm; hat kein Heer sich unter genialen Führern glänzender bewährt, als das preussische und deutsche, keines in Kampf und Sieg durch Raß, Ausdauer, Manneszucht und hohen Sinn die Tüchtigkeit eines Volksheroes fröhlicher betätigt, und die Verantwortlichkeit heit es zu bekennen, daß König Wilhelm als Kriegsherr in allen diesen Eigenschaften dem Heer ein leuchtendes Vorbild gewesen ist.“

Seit, die in dem Wiederaufleben des deutschen Kaiserthums und in einer Rationalvertretung ihren vollen Ausdruck fand. Fünfzehn Friedensjahre sind seitdem gefolgt, Früchte einer weisen, beionenen Politik. Was anfänglich die Welt mit Furcht und Mißtrauen erfüllt hatte, ist gewichen und hat der Sicherheit und dem Vertrauen Platz gemacht, daß Deutschland nur den eigenen Besitz hüten und schützen, aber keinen fremden antaßen will. In den Mittelpunkt der europäischen Politik gestellt, hat Deutschland das einst von dem dritten Napoleon durch die That zur Lüge gestempelte Wort, daß das Kaiserreich der Friede sei, zu einer segensreichen Wahrheit gemacht, und es bleibt nur zu wünschen, daß sie bald auch den Tag bringe, an welchem Deutschland mit den anderen Staaten die schwere Last des bemanneten Friedens, die gleichmäßig Alle drückt, erleichtert wird. Dem Kaiser Wilhelm aber bleibt der Ruhm, wie als Kriegsherr, so auch als Friedensfürst die erste Stelle eingenommen zu haben.

Dem demokratischen Zeitungs-Stern fällt dann ein, daß in der inneren Politik doch nicht Alles ganz geheuer ist, inder er läßt leichtes Fußes über die unzeitgemäßen Skrupel hinweg: „Die Lösung (der inneren Fragen) bleibt einer glücklicheren Hand vorbehalten, und ein künftiger Herrscher wird diesen Triumph feiern.“ „Damit“ — der demokratische Zeitungs-Stern will den byzantinischen Fest-Kummel nicht stören, bei Leibe nicht — „damit soll der Jubiläum, die heute Preußen seinem König, Deutschland seinem Kaiser erweist, kein Eintrag geschehen. Nicht alle Güter des Glücks häuft das Geschick auf ein einziges Haupt, auch seinen Lieblingen verlagst es manches Kleinod. Des Kaisers Haupt umstrahlt der Glanz des Ruhmes, das Volk sieht und verehrt in ihm den Wiederinger der alten Herrlichkeit des deutschen Reichs.“

Wir fragen: Wodurch unterscheidet sich der Byzantinismus der einfr republikanischen, großdeutschen, für allgemeine Volksbewaffnung schwärmenden „Frankfurter Zeitung“, „Hauptorgan der deutschen Demokratie“, von dem Byzantinismus der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“? Wodurch der demokratische Stern vom reptilischen Bändler? Die „Volkszeitung“ schreibt in ähnlichem Stile „zum Ehrenlage des Kaisers“. Derselbe — nämlich Wilhelm — hat die bekannten „Trophen demokratischen Deis auf dem gefalteten Haupt“, „das Schwert, das er bei Gravelotte und Sedan zog, war geschmiedet, geschmiedet, geschärft in der Gedankenwerkstatt eines großen Volks, — und so lebt heute überall, wo deutsche Herzen schlagen, der frohe Wunsch, daß ein glücklicher und heiterer Abend das redlich vollbrachte Lebenswerk Kaiser Wilhelms kröne!“ Zu welchem Lebenswerk befanulich auch das Sozialistengesetz gehört.

Und die „Lante Boh“, die in ihrem „preussischen Herzen“ bisher kein höheres Jool hatte, als den „alten Frig“, hat zur Feier des Festes die Entbedung gemacht, daß der „Heldengreis“ noch ein weit größerer Mann und Monarch ist als der alte Frig.

Genug nun der Beispiele. Nur noch die Bemerkung, daß die gesammte Fortschrittspresse an ferdiler Inbrunst mit der „Volkszeitung“ und der „Boslichen“ weilt, und daß, wenn ein Blatt den Vogel baugrunder Niedertracht abgeschossen hat, dies die „Freisinnige Zeitung“ des Herrn Eugen Richter ist.

Ein Ordnungsheld ist wieder einmal von der verdienten Strafe ereilt worden. Rittergutsbesitzer Richter aus Froberg (in Sachsen), einer der thätigsten konseroativen Agitatoren für die Wahl des Agrariers Frege, einer der fanatischsten Sozialistenfreier und Sozialistenverleumder, einer der eifrigsten Peterer darüber, daß die bösen Sozialdemokraten „die Heiligkeit der Familie und Ehe“ untergraben, und „die freie Liebe“ einführen wollen, stand Ende des vorigen Jahres vor dem Leipziger Schwurgericht unter der Anklage, mit Kindern Unzucht getrieben zu haben, mußte bei der erdrückenden Wucht des Beweismaterials schuldig befunden werden, und ist zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. Ob er sie absehen wird, ist freilich die Frage. Man hat ihn gegen eine Kaution von 30,000 Mark vorläufig bis zur Erledigung der angemeldeten Kassation in Freiheit gelassen und — der Herr Rittergutsbesitzer ist ein sehr reicher Mann, dem der Bericht auf 30,000 Mark vielleicht weniger schwer fällt als der auf 1 1/2 Jahre Zuchthaus.

rk. Der Reichstag begann seine Arbeiten wieder am 8. d. Mt. Die erste Sitzung brachte nur ein ziemlich lechtes Geplänkel anlässlich der Beschlußfassung über die Wahl Sänels in Kiel. Die preussischen Verwaltungsbehörden verboten bei der letzten Wahl für jenen Kreis alle sozialdemokratischen Wahlerwerbungen, bloß weil sie von Sozialdemokraten ausgehen, und stellten sich dadurch auf einen dem bekannten Reichstagsbeschlusse diametral entgegengesetzten Standpunkt und zwar durch alle Instanzen hindurch. Liebsrecht, als Referent, mußte das scharf hervorheben, und dies gab die Veranlassung zu dem Geplänkel. Da die Konseroativen offenbar darauf ausgehen, jenen Reichstagsbeschlusse rückgängig zu machen, so werden wir demnächst wohl eine entscheidende Schlacht um diese hochwichtige Frage zu schlagen haben. — Im 19. sächsischen Wahlkreis wird eine Neuwahl stattfinden: Ebert, der in Folge unerwarteter Beeinflussungen gegen Liebsrecht gewählt wurde, und dessen Wahl beanstandet war, hat es, um fatalen Erörterungen im Plenum aus dem Wege zu gehen, vorgezogen, sein Mandat niederzulegen. Der 19. sächsische Wahlkreis — Stollberg-Schneeberg — muß und wird von der Sozialdemokratie, der er nur unter dem Drucke des Sozialistengesetzes durch schmachtvolle Praktiken entrispen werden konnte, zurückerobert werden.

Auch ein Beitrag zum Wilhelms-Jubiläum. „Es ist doch sehr auffallend“, lesen wir in einem Artikel der jähnen „Wünschener Allgemeinen“, der der Rückschau auf das Jahr 1886 gewidmet ist, „es ist doch sehr auffallend, daß gerade seit der Neubildung des Deutschen Reiches das deutsche Element in den Nachbarstaaten so ungestraft mißhandelt werden darf, das „soweit die deutsche Junge Klingt.“ (Scheint sich in ein „soweit der deutsche Grenzpfahl steht“ verandelt zu haben. Mit der strupulösesten Kengstlichkeit wehrt die offizielle Presse jede Bemerkung über die gedrückte Lage der Deutschen in Oesterreich und in Russland ab; es wird ihr aber schmerzlich gelingen, den immer stärker herberbringenden Schmerzensfrei zu überlaßen.“

Das klingt etwas anders als der Jubelkumulus der demokratischen „Frankfurter Zeitung“.

Reichsgerichtliche Unfehlbarkeit. In dem famosen Prozeß gegen den „Hochverräter“ Scupin erkannte das Reichsgericht, daß der Angeklagte sich dadurch, daß er die Pakete mit dem „Rebell“ zur Post gegeben, noch keiner Verbreitung schuldig gemacht habe. Sehr schön. Vor fünf Jahren aber erkannte dasselbe Reichsgericht in einer Verhandlung gegen unsern Genossen Schläter genau in entgegengesetzten Sinne. Schläter war am 2. September 1880 verhaftet worden, und zwar weil er „verdächtig“ war, ein Paket, in welchem sich der „Sozialdemokrat“ befand, auf die Post gegeben zu haben, was nach Ansicht der Staatsanwaltschaft bereits eine Verbreitung im Sinne des Gesetzes bedeutete. Am 17. November kam die Sache vor dem Landgericht Dresden zur Verhandlung und Schläter wurde freigesprochen. Das Landgericht nahm, genau wie jetzt das Reichsgericht, an, daß mit der Aufgabe auf die Post die Thatsache der Verbreitung nicht perfekt sei. Der Staatsanwalt erhob Revision, und siehe da — das Reichsgericht hob das freisprechende Erkenntnis auf, indem es erklärte, daß mit der Aufgabe auf die Post die Verbreitung geschehen sei und wies die Sache an dieselbe Kammer (vgl. Revision des Sch-mitler-Prozesses) zurück, die somit gezwungen war, auf Grund dieses Reichsgerichtskenntnisses Schläter zu verurtheilen, und ihm dann auch richtig drei Monate Gefängnis aufzubrammen.

Woher aber dieser „Zwiespalt der Natur“? Nun, damals wehte eben der Wind aus einem andern Loch. — In memoriam! Am 16. Dezember starb in Hastings, einem englischen Küstenstädtchen, Sigismund Borkheim, einer der wenigen „Kulturkrieger“, die in dem „tolen Jahr“ ihre Schulbildung getan haben, und auch nachher bis zum Tode zur Fahne hielten. Indem wir uns vorbehalten, dem braven Freund, der allen Lesern des „Volkstaat“, „Bormärts“ und des „Armen Konrad“ durch seine Arbeiten über den badiischen Feldzug und die russischen Zustände wohl bekannt ist, sobald wir im Besitz des nötigen Materials sind, einen eingehenderen Nachruf zu widmen, begnügen wir uns heute mit einigen

kurzen biographischen Notizen. Vorheim wurde am 29. März 1826 in Schlesien, wenn wir uns nicht irren, in Breslau, geboren. Er bezog 1847 die Universität, und die Märzrevolution traf ihn in Berlin, wo er sich mit jugendlicher Begeisterung in die Bewegung stürzte. Nach dem Feuertode musste er Berlin verlassen; er begab sich in die Schweiz und befreundete sich von dort aus an der badischen September-Revolution. Nach deren Nöthlingen gefangen, und des Hoch- und Landesverrats, sowie einer Reihe anderer Verbrechen angeklagt, erlangte er beim Ausbruch des badisch-pfälzischen Aufstands im Mai 1849 seine Freiheit wieder. Unter Johann Philipp Beckers Oberbefehl trat er an die Spitze der badischen Volks-Artillerie, mit der er Thätigstes leistete und den preussischen Standrechts-„Polizistoren“ viel zu schaffen machte. Im Juli, mit der Revolutionsarmee, durch die Uebermacht über die schweizerische Grenze gedrängt, lebte er bis 1850 als Flüchtling in der Schweiz und begab sich dann nach England, wo es seiner Energie und seinem Geschick bald gelang, sich ein Geschäft zu gründen. Im Krimkrieg ging er mit einem englischen Bauunternehmer nach der Krim und erwarb sich durch kluge Geschäftsführung ein namhaftes Vermögen, das er jedoch später durch hereinbrechende Krisen, theils durch das verrätherische Benehmen von „Geschäftsfreunden“ verlor. Um das Unglück voll zu machen, rührte ihn vor zehn Jahren der Schlag, so daß er rechtlich gelähmt ward. Sein Geist blieb aber elastisch; er war mit der Feder unermüdblich thätig und hat verschiedene werthvolle Manuskripte hinterlassen, deren Veröffentlichung sich hoffentlich ermöglichen lassen wird.

Dem „Schwäbischen Wochenblatt“ in Stuttgart entnehmen wir die traurige Mittheilung, daß unser Genosse Schriftleiter Christian Degenhard, ein eifriger, unermüdblicher Kämpfer für die Sozialdemokratie, der sich namentlich in schweren Tagen als müthiger Streiter bewährte, am 22. Februar d. J. bei Marbach vom Aetdar ans Land geschwennt worden. Ob Degenhard, der in den letzten Jahren von schwerer Krankheit heimgesucht worden, selbst den Tod gesucht oder verunglückt, kann nicht festgestellt werden. Sein Tod hat alle, die ihn kannten, tief ergriffen. Ehre seinem Andenken!

Die Bureaucratie abgeblüht. Eine für die freien Hilfsklassen wichtige Entscheidung hat am 5. Januar das Landgericht Dresden gefällt. Die Dresdener Ortskassenvorsände hatten sich das Recht angemacht, die Statuten der freien Ortskassen zu ändern, welche Statuten in Dresden haben, zu prüfen, und, nachdem sie dieselben für „unzulänglich“ befunden, die Mitglieder dieser Kassen zur Beitragszahlung an die Ortskassen zwingen zu wollen. Auf die von den Herrn Deisinger und Jastke erhobene Klage hat nun das Landgericht Dresden entschieden, daß die Mitglieder der freien Kassen sofort von diesem Zwange zu befreien und denselben die gezahlten Beiträge zurück zu zahlen seien. Sämmtliche Kosten, auch die, welche den Mitgliedern durch die vorgängige Beschwerdeführung an den Stadtrath erwachsen sind, fallen den Ortskassen zu. Damit wäre dieser Schlag gegen die verhassten freien Hilfsklassen vorläufig abgefallen.

Korrespondenzen.

Mecrane. (Nachruf.) Zum Jahreschluß haben wir im Parteiorgan einer traurigen Pflicht zu genügen: einem braven Genossen, den der Tod uns entriß, durch Veröffentlichung eines Nachrufs im Organ die letzte Ehre zu erweisen, wie der sanftläufige Ausdruck lautet — denn die letzte Ehre wird es sicher nicht sein, da der Todte in unserem Herzen fortlebt. Unser braver Johann Ebner, Restaurateur und Stadtverordneter, ist am 27. Dezember gestorben, und am 29. haben wir ihn begraben. Wer die Bewegung in Mecrane kennt, der kennt auch Ebner. Keiner war eifriger, keiner regte mehr an, und bis in die letzten Jahre stand er hier im Mittelpunkt der Bewegung. Seine Krankheit zwang ihn in den letzten Jahren, etwas zurückzutreten; allein bei der „Sache“ war er mit derselben Begeisterung wie früher, und was er thun konnte, das hat er redlich gethan bis zuletzt.

Unserem Stadtverordnetenkollegium hat er volle 15 Jahre lang ununterbrochen angehört, trotzdem glänzten die Herren Kollegen, mit Ausnahme der Parteigenossen, bei dem Begräbniß durch Abwesenheit. Das Begräbniß gestaltete sich zu einer impotanten Rundgebung; in dichtem Zug folgten die Parteigenossen dem Org. Weber hatte im Namen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einen Lorbeerkranz gesandt; und auch die verschiedenen Vereine, deren Mitglied und Förderer Ebner gewesen, sowie die hiesigen und die Grimmschauer Genossen legten Kränze mit entsprechenden Widmungen am Grab nieder. Den Kranz der Fraktion übergab Genosse Stollie von Gersau. In Folge eines Versehens in der Zeitungsabtheilung Genosse Liebschütz nicht rechtzeitig anwesend sein. Der Verstorbene hatte sich ein einfaches Begräbniß, früh beim Grauen des Tags, gewünscht, und sein Wunsch wurde erfüllt. Kein Orator würde, kein Priester sprach den Segen, denn der Verstorbene, der die ökonomischen und staatlichen Fesseln zerbrechen wollte, hatte, als konsequenter Charakter, sich auch von den Fesseln der Religion frei gemacht.

„Du warst nicht nur ein Vater für Deine Familie, Du hast in gleicher Weise für die Stadt und für die Partei gewirkt!“ — das waren die Worte, die sein treues Weib, die ihm über ein Menschenalter zur Seite gestanden, mit vom Schmerz halb erstickter Stimme ins Grab nachrief.

Natürlich konnte die Polizei nicht fehlen. Sie war in hier nie geübter Stärke vertreten, und sogar die Umgegend hatte ihr Kontingent gestellt. Daß die Polizei provozierend vorging, versteht sich von selbst — das liegt nun einmal in ihrem Wesen. Jedem, von dem sie vernahm, daß er vielleicht ein paar Worte am Grab zu reden gedachte, wurde von vornherein harsch das Reden verboten, und das ganze Gedächtnis war ein solches, daß die Leidtragenden ob der pietätlosen Rücksichtslosigkeit empört waren.

Besonders that sich der hiesige, von der Polizei angestellte, und zu gleicher Zeit der Gesellschaft untergeordnete Leichenbitter oder Zeremonienmeister Ulrich hervor, welcher in höherem Auftrag sein Abgöttisches that, die Leidtragenden zu verletzen und zu erbittern.

Ebner war geboren am 8. Februar 1823 — er ist also nicht volle 63 Jahre alt geworden. In der Jugend und dem Mannesalter von rüstiger Gesundheit, litt er seit einiger Zeit an einem chronischen Leiden, das ihm, nachdem vor 14 Tagen eine Operation trübsalig geendet, den Tod brachte. Schon an der Bewegung des Jahres 1848, die in Sachsen besonders mächtige Wogen schlug, war Ebner lebhaft theilhaftig; unser trotz schwerer Kämpfe und mannigfacher Verfolgungen blieb er der Fahne der Freiheit stets treu, und als Mitte der 60er Jahre das Banner der Sozialdemokratie im Erzgebirge entrollt ward, da schwankte Ebner keinem Moment, und der überzeugungsstrenge Demokrat wurde Sozialdemokrat. Er war von der alten Garde, — einer der Besten. Mehr und mehr löst sich die Reihe der alten Garde — aber nicht die Reihe der Partei. Der Nachwuchs ist da. Und die junge Garde trägt das Andenken der alten Vorkämpfer in treuem Herzen, und die Fahne der Partei in fester Hand!

Lieber Freund, Du kannst ruhig ins Grab schlummern! Du wirst nicht vergessen, und Dein Werk wird vollbracht!

Breslau, Neujahr 1886. Situationsbericht. Nun ist es wohl endlich an der Zeit, daß auch wir einmal das Parteiorgan in Anspruch nehmen, um etwas von uns hören zu lassen, andernfalls die auswärtigen Genossen wirklich zu dem Glauben kommen könnten, wir schlafen den Schlaf der Gerechten. Jedoch dem ist durchaus nicht so. Vor circa Jahresfrist sind wir zum zweiten Male regierend mit zwei Abgeordneten aus der Wahlurne hervorgegangen, ein Beweis, daß wir vorher nicht untätig waren, und auch jetzt keineswegs die Hände in den Schooß legen werden. Bekannt dürfte ja sein, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse hier, sowie in ganz Schlesien, fast die traurigsten von ganz Deutschland sind. Um aber unser Wirken den Genossen klar und deutlich vor Augen zu führen, ist es notwendig, auf alles einzugehen, was sich innerhalb einer gewissen Zeit hier abgespielt hat.

Der bekannte Prozeß wider Windthorst und Genossen, bei welchem wegen Verbreitung von Schriften und Uebertretung der §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches 10 Genossen zu einer ziemlich hohen Gefängnisstrafe verurtheilt wurden, wird wohl den meisten unserer Genossen noch

erinnerlich sein. Bei diesem Prozeß war einer der Hauptbelastungszeugen der frühere sozialdemokratische Agitator und Arbeiterführer Maximilian Schlesinger, welcher namentlich die innige Fäulung mit der hiesigen Polizei hat, und dessen Aussage die Angeklagten wohl ihre Verurteilung mit zu danken haben. Die Arbeiter empfinden hier den Druck des Ausnahmegerichtes sehr hart. Aber am Tage der Reichstagswahl rächt sich ein jeder Breslauer Arbeiter, welcher drei Jahre hindurch sich bücken mußte, dadurch, daß er den Stimmzettel für Hosencler oder Krüder abgibt; daher das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen.

Aber wenn man vielleicht glaubt, aus Vorstehendem ersehen zu müssen, daß hier also nichts weiter gehen wird als wählen, da irrt man sich doch; denn bekanntlich schossen Verfolgungen nur Kämpfer und kräftigen die Sache. Auch hier sind eine ziemlich Anzahl Genossen, welche die Bewegung stetig im Gange zu erhalten suchen, und wenn dieses auch unter der Oberfläche geschieht, so geschieht es doch, und wenn auch langsam, so doch sicher.

Als wir am 17. Oktober vorigen Jahres Gelegenheit hatten, Genossen Hosencler in unserer Mitte zu sehen, hatten sich auch eine Anzahl Genossen zu einer gemüthlichen Unterhaltung in einem hiesigen größeren Restaurant zusammengefunden. Aber es währte auch gar nicht lange, so war zur Erheiterung der Genossen auch gleich die heilige Hermandad in Gestalt von zwei Schulheuten bei uns, um die Gespräche der Umsturzplanenden „Kocher“ zu belauschen. Als ihnen dieses nicht gelang, fragten sie einen Genossen nach seinem Namen, da sie gern wissen wollten, ob dieser Hosencler sei, den sie wohl nicht kannten. Leider jedoch ward ihre Neugierde nicht befriedigt, der Angefragte nannte ihnen seinen Namen nicht. Als der Polizist von einigen Genossen gefragt wurde, wie er dazu käme, einem Mann, welcher durchaus nichts Ungeheuerliches gethan, den Namen abzuverlangen, und er nebenbei zurechtgewiesen wurde, holte er den Gastwirth, und wollte durch dessen Vermittelung den Namen des erwähnten Genossen feststellen wissen. Aber da hatte dieser Polizist einmal wirklich die Rechnung ohne den Wirth gemacht, denn dieser erklärte ihm, daß die Namen von seinen Gästen ihn gar nichts angingen und er sich überhaupt hier selbst ruhig zu verhalten habe. Unter Hohnschlägen suchte der Uebereifrige jetzt das Nebenzimmer auf, um nach den gehaltenen Strapazen durch ein Glas frischen Gersten-saftes sein Mäthchen zu kühlen.

Trotzdem der hiesigen Polizei jährlich 72,000 Mark für politische Zwecke zur Verfügung stehen, und trotzdem uns auch nicht ein einziges Lokal zur Verfügung steht, um eine Versammlung abhalten zu können, da die Polizei die auch anderwärts bekannte und beliebte Abhängigkeits-Verweise zur Anwendung bringt und — haben wir wirklich einmal einen etwas unabhängigen Wirth gefunden, welcher uns des Geschäftes wegen sein Lokal zur Verfügung stellt — kurz darauf auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes das Verbot in unseren Händen ist, so können wir wiederholen, daß trotz aller dieser Machinationen, welche hier verübt werden, unsere Bewegung in Breslau und dem übrigen Schlesien nicht schläft.

Zur Illustration diene noch für hiesigen Ort Folgendes: Es hat sich hier in Breslau, unter Führung des oben genannten M. Schlesinger, zum Zwecke der Zersplitterung unserer Partei ein „demokratischer Verein“ gebildet, es wird den Genossen auch nicht uninteressant sein, zu erfahren, wer die Mitglieder dieses Vereins sind: M. Schlesinger und circa 15 von ihm abhängige Leute. Den Vorstand des Vereins bilden Schlesinger, Lanfer und Scherbel. Hätten die Leute gewußt, daß sie mit dieser Gründung sich ein Fiasko machen würden, so wäre sie vielleicht unterblieben. Wenn man übrigens glaubt, mit solchen Mitteln etwas zu erzielen, da kennt man die Breslauer Arbeiter schlecht, denn, wie oben schon gesagt, wer nicht öffentlich zu unserer Partei gehören kann, der gehört ihr im Stillen an, und auf diese Weise vermehren wir uns trotz alledem. Trotz der denkbar ungünstigsten Verhältnisse rufen wir unseren Genossen von nah und fern zu:

Seht, wie von Osten hin gen West
So hell die Flamme loht.
Wir halten treu, wir halten fest,
Denn unsere Fahne ist roth.

Einer von den „Faulen“.

Weißenseels a. der Saale, im Dezember 1885. Auch die hiesigen Parteigenossen erlauben sich hiermit, den Raum des Parteiorgans einmal in Anspruch zu nehmen, um so mehr, da wir diesmal nur Erstzulässige berichten können.

Was zuerst die wirtschaftliche Seite anbetrifft, so können wir wohl mit Recht sagen, daß es hier ist wie überall: Krisen, Arbeitslosigkeit, Hunger im Winter, und im Sommer dasselbe Lied. Gerade jenen Zuständen und der Thätigkeit unserer Gegner verdanken wir es auch, daß unsere Partei hier am Orte verhältnismäßig gestiegen ist. Die Stimmenzahl bei der letzten Reichstagswahl betrug hier 494 gegen 14 Stimmen im Jahre 1881 — ein Beweis, daß wir nicht untätig waren.

Am 3. August d. J. hatten wir eine von circa 600—700 Personen besuchte Volksversammlung einberufen, in welcher unser Genosse Kunow (Ausgewiesener aus Berlin) einen Vortrag über „die Thätigkeit des deutschen Reichstags“ hielt, welche für uns glänzend verlief. Darauf kam anderes Wetter; die zweite Versammlung wurde auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes von unserem damaligen Oberbürgermeister verboten. Jedoch das Ungläubliche geschah, auf eingelegte Beschwerde wurde eine Versammlung, die wir verständigweise auf den 28. Oktober einberufen hatten, beschlagnahmt, und fand daher auch statt. Genosse Kunow referirte über die preussischen Landtagswahlen und proklamirte Stimmhaltung der Sozialisten. Die „Deutschfreisinnigen“, welche unter Führung des Herrn Rechtsanwalt Braun es gerne dahin gebracht hätten, daß wir ihnen gehöhen, den Konservativen den Wahlkreis bei der Landtagswahl zu entreißen, wurden dahin belehrt, daß es uns ganz gleich ist, welcher Kandidat im Landtage sitzt, ob freisinnig oder konservativ.

Alsdann sprach am 20. November Genosse Hosencler aus Halle über die Nothwendigkeit sozialer Reformen in einer von circa 800 Personen besuchten Versammlung; auch hier wurden Richter und Braun, die beiden Rechner der „Deutschfreisinnigen“, glänzend abgeföhrt. Das konnten sich die Freisinnigen ihrer Meinung nach nicht länger gefallen lassen und holten ihren Musterknaben Hirsch aus Berlin, der durch einen Vortrag über „Sozialreform und Zukunftsstaat“ das verlorene Terrain wieder zu erobern suchte; aber natürlich vergeblich. Ich will auf seinen Vortrag nicht näher eingehen, denn wer sollte das Phrasengebüsch eines Max Hirsch nicht kennen? Unsererseits widerlegte Genosse Kunow die Angriffe Quasimodors gegen unsere Partei, und trotzdem die Gewerksvereine alles aufboten, so hatten sie z. B. 300 Mitglieder der Gewerksvereine vom Lande hereinzuholen, und es standen hier drei gegen einen), auch die meisten der hiesigen Fabrikanten anwesend waren, was die Arbeiter abhielt, sich offen zu der so verhassten Sozialdemokratie zu bekennen, hatten wir einen so durchschlagenden Erfolg, daß die Gewerksvereine, als Kunow zum dritten Male sprechen wollte, durch Schlußrufes hörten. Hier wurde aufgelöst, und wir beantworteten das Hoch auf Max Hirsch mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und Hosencler. Wegen Ausbringen dieses Hochs soll ein Genosse noch 30 Mark Strafe bezahlen, — wir werden ja sehen.

Am 21. Dezember wurde bei Genosse Kunow eine Hausungung vorgenommen, jedoch ohne den gewünschten Erfolg.

Dies wäre unsere agitatorische Thätigkeit in der letzten Zeit. Wer nun bednkt, daß unser „freisinniger“ Vertreter im Reichstags, Kohnland, bei der letzten Wahl nur durch unsere Hilfe gewählt wurde, der kann sich den Schreck und die Wuth der hiesigen „Freisinnigen“ über das Umsichgreifen unserer Partei denken.

Ist noch Etwas über unsere Ordnungsgestaltung: Da haben wir hier einen Polizeiesel, Namens Krieger. Der hat sich letzten ausgedehnt: „Und ich kriege diese Kerle doch noch so weit, daß sie wieder rausmühen aus der Stadt.“ Diesen Polizeiesel (den man im Volksmunde recht bezeichnend den „Bieroldaten“ nennt) trifft man den ganzen Tag in den Straßen, wo er lauert, bis sich ein E-b-denker findet, der ihm ein Glas Bier kauft. Sein Kollege Fülle ist die Woche dreimal im — Himmel. Und diese Musterordnungsgestaltung bilden sich ein, die Sozialdemokratie überwältigen zu können. Ra, Spaß muß auch sein. So sehen wir denn trotz der Zukunft ins Auge: schon die nächste Reichstagswahl wird uns für Weißenseels ein beträchtliches Mehr an sozialistischen Stimmen bringen; und die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo unsre Freisinnigen und das F-r-d räumen müssen. Vorläufig arbeiten wir im Stillen an unserer Rautwurfsarbeit ruhig weiter, und trotzdem unsere „Spürnasen“ schon seit etwa 6 Wochen nach einer hier angeblich be-

findenden „sozialdemokratischen Verbindung“ suchen (was selbst Deuten von nicht so sprichwörtlicher Tölpelhaftigkeit nicht gelingen würde), sind wir froh und heiter, und hoffen recht bald weitere Fortschritte zu machen.

Die Weißen(selser) Kocher.

Quittung.

(Unliebiam verspätet.)

Unterzeichnete bringen hierdurch zur Kenntniß, daß der Rest des Streifbonds für die Arbeiter der Firma Breuer, Schuhmacher u. Cie. in Kalk vollständig im Interesse der Arbeiterjache verwendet worden ist.

Die Vertrauensleute

des Stadt- und Landkreises Köln a/Rh.

Briefkasten

Der Redaktion: Einsendungen sind eingetroffen aus Pöbne, Koblenz, Konstanz, Wiesloch, London und San Francisco.

Der Expedition: Dreiein: M. 890 pr. M. u. Schft. erh. Bllg. fort. — Neustadt i/S.: M. 310 pr. Dfd. dfd. erh. — S. S. Jdg.: M. 8 — M. 1. Du. erh. — r.: M. 6 — M. 1. Du. erh. Extra mar. gratis. — Kilm: M. 20 — pr. Dfd. dfd. erh. — W. S. Gm.: M. 440 M. 1. Du. erh. — Ein Kocher St.: M. 430 M. 1. Du. erh. Mit Nr. 2 Anfr. beanw. — Der Alte Lg.: M. 2690 M. 1. Du. u. Schft. erh. Bllg. ic. besorgt. — Godelbattian: M. 905 f. Schft. erh. u. M. 105 pr. Ufd. dfd. verw. — R. S. Kta.: M. 3 — Kdon. 1. Du. erh. — D. J. Bllg.: M. 310 f. Schft. erh. Sdg. fort. — J. R. B.: M. 3 — M. 1. Du. erh. — Emil Condor W. i/Sgl.: M. 12 — M. 1. Du. erh. Adresse geordnet. Bllg. fort. — K. B. Kilm.: M. 4 — M. 1. Du. erh. — D. B. Hieron.: M. 250 M. 1. Du. erh. — Calombourg: M. 5 — a. Cto. M. u. Schft. erh. Bllg. fort. Barum bedienen Sie uns nicht; in angebotener Richtung? Einleitung des Gedanken kann nur haben. — Wfm. Dstraf: M. 2 — M. 1. Du. erh. — v. Stat bei Kaspar Haufer: M. — 95 pr. Ufd. dfd. erh. — Der Bekannte C. a. M.: M. 1760 M. 1. Du. erh. — Eglentenant B.: M. 420 M. 1. Du. erh. Weiteres mit Nr. 2 notis. M. 430 M. 1. Du. erh. — M. B. Paris: M. 250 M. 1. Du. erh. — J. Sch. Sch. G.: M. 430 M. 1. Du. erh. 70 Pf. d. Kgd. dfd. zugew. — Der Kor. bllg.: M. 3 — M. 1. Du. erh. Adr. geordnet. — Kellinghufen: M. 20 — pr. Dfd. dfd. erh. — C. S. G.: M. 4 — M. 1. Du. erh. Bestellung abg. — Dr. S. R. W.: M. 310 M. 1. Du. u. Schft. erh. Bllg. fort. — W. Sch. St.: M. 440 M. 1. Du. erh. — K. a. Rdt. ved: M. 1370 M. pr. 1885 u. Schft. erh. Schft. abg. — M. 2. M. G.: M. 3 — M. 1. Du. erh. — Gjeffior: M. 1580 M. pr. 1886 und Schft., sowie M. 420 pr. Dfd. dfd. erh. — P. T. Paris: M. 250 M. 1. Du. erh. — Ein Kocher Bllg.: M. 440 M. 1. Du. pr. G. erh. — Feig 1.: M. 15 — pr. altes Cto. durch Sdr. am 5. 1. erh. — Feig 11.: Alles nach Wunsch besorgt. Adr. ic. notirt. — Febr. Hg.: M. 150 f. Schft. erh. — Kocher Hddr.: M. 3 — M. 1. Du. u. Schft. erh. — pr. Dfd. u. M. 140 pr. Ufd. dfd. erh. — J. B. Htg.: M. 4 — M. 1. u. 2. Du. erh. — Schw. Hans: M. 490 M. 1. Du. u. Schft. erh. Bestellung fort. — Dr. S. B. B.: M. 440 M. 1. Du. erh. 60 Pf. d. M. dfd. zugew. — R. Sch. G. a. R.: M. 880 M. 1. Du. erh. — Der alte Unverbeßliche: M. 6 — M. 1. Du. erh. — Koch. Boigtldr.: M. 3240 pr. 4. Du. erh. — Spenglerladepetrit Jg.: M. 2 — M. 1. Du. erh. — Klot. Samaden: M. 665 M. 1. Du. u. Schft. erh. M. 335 pr. Ufd. dfd. verw. Bllg. fort. — B. C. Scharlefon: M. 250 M. 1. Du. erh. — G. B. B. G. G.: M. 3 — M. 1. Du. u. Schft. erh. Bllg. fort. — J. G. B.: M. 840 a. Cto. M. 1. Du. erh. Bllg. Weiteres. — C. F. D.: M. 350 M. 1. Du. erh. 85 u. 1. Du. erh. Weiteres Bllg. — L. G. Hg.: M. 3 — M. 1. Du. erh. — Solo: M. 460 M. 1. Du. u. Schft. erh. Alles nach Wunsch besorgt. — K. S. Rg.: M. 440 M. 1. Du. erh. — Kampfhahn: M. 10 — a. Cto. M. erh. Katalog folgt. Weiteres im Annoncenblatt früherer Nos: wiederholt angegeben. Kuzig. fort mit 2. — R. St. Gp.: M. 1760 M. 1. Du. erh. Adresse geordnet. — J. R. W.: M. 3 — M. 1. Du. erh. — R. J. Kiedsch: M. 125 pr. Dfd. dfd. erh. — atoro: M. 3 — M. 1. Du. u. Schft. erh. Dominus besorgt. — S. H. Hddr.: M. 2 — M. 1. Du. erh. — C. K. B. Ber. London: M. 252 — a. Cto. M. erh. Kuzig. abg. — Kto. London: M. 12. vert. öfete im Deg. bis „nach Neujahr“ und — schweig. noch immer. — Durflige Seele: M. 760 M. 1. Du. u. M. erh. Beil. abg. — Cottbus: M. 80 — pr. Dfd. dfd. erh. — K. B. G. G.: M. 70 — a. Cto. M. u. Schft. erh. Bllg. mehr. — W. R. D. G.: M. 2 — M. 1. Du. erh. — M. Sp. Dtg.: M. 2 — M. 1. Du. erh. — Kocher Donnerkeil: M. 3280 M. 1. Du. u. Schft. erh. Neuer besorgt. — R. R. a. S.: M. 6 — M. 1. Du. erh. Alles bestens erwidert. — Schast: M. 10 — a. Cto. R. 4. Du. u. 10 M. altes Cto. erh. Mehrbllg. fort. Von der Pst. nichts gehört. — Brille: M. 175 M. 1. Du. erh. — Postillon Lehmann I: M. 1866 M. 1. Du. u. Photograph. erh. Ruzig. mit 2 fort. Weiteres besorgt. — v. Raimy Sozialist: M. 10 — pr. Ufd. dfd. erh. — Sch. D. R.: M. 1280 M. 1. Du. u. Schft. erh. — R. Anvers: M. 1415 M. 1. Du. bis. S. D. u. Schft. — 90 pr. Kgd. u. M. 10 — pr. Dfd. dfd. erh. (Schluß folgt in Nr. 4.)

Aufruf.

Max Möbins aus Sachsen-Reinigen, 1884 einige Zeit in Helsingfors aushältig gewesen, hat seither seine Angehörigen ohne jede Nachricht gelassen. Wenn er noch am Leben und sein Aufenthalt irgend bekannt sein sollte, so bitten wir um Nachricht hierher. [225.]

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Dänische und schwedische, sowie befreundete Blätter aller Sprachen sind dringend gebeten, diesen Aufruf weiterzugeben.

Aufforderung.

Wir bitten allezeit dringend, uns den derzeitigen Aufenthalt des Rüpergeleiten Johannes Fehrs aus Jzeho, in dringlicher Sache vermitteln zu helfen. [1—]

Expedition des Sozialdemokrat.

110 Duzend (Cardinal, Granat und Bordeaux) rothe Kamagarnhandschuhe, in 8 Fingergößen, 6 Anoslang, verkauft in größeren und kleineren Posten sehr billig, weil vom Großhändler auf den Sterbe-Etat gefeskt, ein sozialdemokratischer Kleinfabrikant.

Wir vermitteln Aufträge an Betroffenen, der seit 13 Jahren der Partei offen angehört und, seinen gänzlichen Ruin abzumehren, ausnahmsweise das Parteiorgan beansprucht.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Zürich Samstag, den 16. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Cafe Kehler:

Oeffentliche Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung:

Das Eigenthum nach den verschiedenen Weltanschauungen.

Referent: Hgr. Tauscher.

Zu zahlreichem Erscheinen ladet freundlichst ein

Der Lokalausschuß.

Jedermann hat Zutritt.